

Dresdner Volkszeitung

Polizeikontor: Leipzig.
Roden & Comp., Nr. 20612.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bantonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abohrenspur mit der täglichen Kurzzeitungslage Leben, Wissen, Kunst, einschließlich Druckerlmonatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierfachjährlich 4.50 M., unter Kreisblatt für Deutschland und Österreich-Mitteleuropa M. 7.10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Weimarer Platz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Weimarer Platz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7 geplante Seite mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinbarungen. Inserate müssen bis spätestens 1/2 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voran zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 287.

Dresden, Dienstag den 10. Dezember 1918.

29. Jahrg.

Niederlage der Unabhängigen in Chemnitz

Ein Volksbrotum.

Chemnitz, 9. Dezember. Bei der heutigen Abwahl des Arbeiter- und Soldatenrates entfielen auf die sozialdemokratische Liste 78 379 Stimmen, auf die Liste der Unabhängigen 6552 Stimmen. Einige Begriffe stehen noch aus.

Obwohl die mitgeteilten Stimmenzahlen noch nicht auf endgültigen Feststellungen beruhen und auch noch nicht ganz vollständig sind, so lädt sich doch mit Sicherheit sagen, daß die Wahl des alten Sozialdemokratischen überwältigenden Sieg, den Unabhängigen aber eine furchtbare Niederlage gebracht hat. Nicht ganz 8 Prozent der abgegebenen Stimmen und auf ihre Liste entfallen. Auf Chemnitz hatten sie offenbar ihre Hoffnung gesetzt. Gehen sie doch gern mit der Bevölkerung hantieren, wie die Mehrheit der Arbeiter hinter ihnen standen. In der Arbeitersiedlung Chemnitz hätte sich das zeigen müssen. Aber ihre Niederlage ist ebenso abschreckend wie die in Dresden. Erneut hat sich gezeigt, daß die Unabhängigen weder bei der Arbeiterschaft noch jenseit in den Massen einen bedeutenden Anhang besitzen, ja, daß ihre Gefährlichkeit in einer Zeit, auf die sie ihre Hoffnung gesetzt hatten, offensichtlich im Schwund begriffen ist.

Vergleicht man die Wahlniederlagen der Unabhängigen mit ihrem anmahnenden Auftreten in den ersten Revolutionstagen, dann tritt der Niedergang um so klarer zutage. Unmerklich zeigt sich auch, daß sie auf die vorherrschende Stellung, die sie in den ersten Revolutionstagen sowohl in den meisten Arbeiter- und Soldatenräten wie in bürgergebotenen leitenden Stellen an sich gerissen und jetzt noch innehaben, keinerlei Anspruch mehr beanspruchen. Denn jetzt kann wohl auch kein Unabhängiger mehr daran zweifeln, daß unter Wahlgewinn in Dresden und Chemnitz die Stimmung im Volke, wenn nicht im Reich, und den Willen der Arbeiterschaft widerstreichen.

Schiffer über die Reichsfinanzen.

In einem Vortrage in der Handelskammer von Berlin äußerte Staatssekretär Schiffer über Deutschlands Finanzlage und die künftige Steuerpolitik. Der Redner hob hervor, daß unter Ablösung angekündigt dessen, was uns den Friede bringt, wir, wollen wiederkehren an. Das der Steuerberater jedoch sehr hoch sieht wird, ergibt eine im Rückblick dieses Jahres unter ganz andren Voraussetzungen gemachte Aussicht, die unter der Voraussetzung des Sieges mit einem jährlichen von Reich, Wirtschaftsräten und Kommunen aufzubringenden Steueraufwand von 19 Milliarden rechnet, gegen 5 Milliarden in Friedenszeiten, von denen 2 Milliarden auf das Reich und 3 Milliarden auf Bundesstaaten und Kommunen entfallen.

Selbstverständlich ist diese Aussicht durch die tatsächlichen Ereignisse, die sich englischen Soldaten haben, längst überholt. Die

Rechtsabgaben infolge der Revolution

schönes Staatssekretär Schiffer auf mehr als eine Milliarde, möglicherweise auf bis zu 10 Milliarden, die durch die Reorganisation der Übergangszeit bewirkt, keine schädliche Vergeudung des Nationalerfolgs ist. Der Redner hob hervor, daß unter Ablösung angekündigt dessen, was uns den Friede bringt, wir, wollen wiederkehren an. Das der Steuerberater jedoch sehr hoch sieht wird, ergibt eine im Rückblick dieses Jahres unter ganz andren Voraussetzungen gemachte Aussicht, die unter der Voraussetzung des Sieges mit einem jährlichen von Reich, Wirtschaftsräten und Kommunen aufzubringenden Steueraufwand von 19 Milliarden rechnet, gegen 5 Milliarden in Friedenszeiten, von denen 2 Milliarden auf das Reich und 3 Milliarden auf Bundesstaaten und Kommunen entfallen.

Steuerprogramm

Worte des Redners aus, daß grundlegende neue Steuern nicht in Betracht kommen.

Was die direkten Steuern betrifft, so sei unbedingt mit ihrem Ausbau in antiprälatokratischen Sinne zu rechnen. Die Erziehung übergrößer Vermögen in hohem Maße sei endgültig vorbei. Als das deutsche Wirtschaftsleben kommt es darauf an, bald Stärke zu schöpfen. Zu entscheiden über das neue Programm werde natürlich erst die Nationalversammlung haben. Von den direkten Steuern ist zunächst eine Wiederholung und ein weiterer Ausbau der Besteuerung des Mehr-

entgangens

vorgenommen, das nicht wie bisher mit 60, sondern mit 80 vom Hundert erhöht werden soll. Weiter wird eine

rechtsfreie Erlassung der Kriegsgewinne

angekündigt, wodurch die durch ehrliche Arbeit und Sparanstalt geschaffenen Reicherleben gerechnet werden sollen. Um den Ruhm der Kriegsbezieher zu würdigen, ist in Aussicht genommen, zur Besteuerung dieser Steuern und ebenso für die Besteuerung des dem Wirtschaftsleben wieder jahrsfördernden Heeresbehörde die Kriegsbezieher nicht zu verhelfen, sondern jahrsfördernd zu fordern. Ferner ist

Berücksichtigung

dieser Erziehung jedoch sowohl nach dem Steuerobjekt wie nach dem Steuerobjekt verhindern sein soll. Auch ist die Vergabe in natura vorgenommen und ferner vorgebenfalls die Auflage einer Zuwendung, so daß also eine Aufgabe bei Anspruch genommenen Ver-

antragsteller möglich ist. Zum Steuerprogramm der Regierung gehört ferner die regelmäßige Erhebung einer Besteuere, einer Reichseinkommensteuer, einer Betriebssteuer für hohe Gewinne und eine Erbschaftssteuer gleichberechtigt, wie Dividenden, Hypothekensteuer und schließlich solche, welche die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf die direkten Abgummilinge, und zwar unter Bedingung, daß der Vermögensstand der Erben, so daß reiche Erben höher zu besteuern wären als arme. An den Abben der indirekten Steuern ist natürlich nichts zu denken, vielmehr werden auch diese noch weiter aufgebaut werden. In erster Linie kommt als Steueroblett der Todes in Betracht, und vor allem eine Erweiterung der bisher mit 7 Pfennig abhängenden Steuergrenze für Bigatzen. Ferner werden man mit einer Industrie- und einem Ausbau der Steuerbefreiung und vor allem einer Erhöhung und Verkürzung des Umsatzsteuer zu rechnen haben. Ganz besonders ist hier ein weiterer Ausbau der Umsatzsteuer geplant, die den Nutzen in einer Reihe weiterer Punkte umfassen soll, so bezüglich der Wohnung, Dienstleistung usw. Ein anderes Mittel, um den Steuervertrag zu steigern, ist die Reform der Veranlagung, die in Zukunft gründlich durch technisch vorgebildete Beamte unter Obhutstellung von ebenfalls vorgebildeten Sachverständigen aus dem praktischen Leben erzielt werden sollen, die imstande sind, der Steuerhinterziehung entgegenzuwirken.

Die Erräge aus diesen Steuern werden aber nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken. Hinzutreten muss eine

Verteilung des Staates am Wirtschaftsleben

der neuen Regierung bereits bestellt haben, daß eine allgemeine Sozialsteuer neuartig sei, die sich auch mit Rücksicht auf die auswärtige Politik verneigt. Der Import und Export, bei dem es nur die Initiative des einzelnen ankommt, bleibt frei, ebenso Banken, Sparkassen und alle Gebiete, die für eine Verstaatlichung noch nicht sind. Als Teil für die Verstaatlichung erachtet man zunächst Eisenbahnen und Wasserstraßen, die Eisenbahnen in höherem Maße als bisher, vermutlich auch die Elektrizität und eine Reihe weiterer Betriebe. Außerdem ist auch eine gemeinschaftliche Beteiligung des Staates an Betrieben vorgesehen, die diese teil sind, und schließlich eine Erfahrung der Produktionskosten durch einen von Staat's wegen zu betreibende Parteipolitik.

Ob die Durchführung dieses Programms, das ein selbständiges Wirtschaftsleben Deutschlands sicher und vorauslegt, gelingt, hängt von den politischen Bedingungen ab. Was über die Deutschen aufzutretenden Kosten bisher verlaufen, kann allerdings einer Beurteilung des deutschen Wirtschaftslebens nicht, man wird aber legen Endes, wenn auch nicht auf Milde und Gnade, so doch auf das Widerwiderstand der Bevölkerung bei unsre Reihen in dieser hinsicht reden müssen, zumal da Deutschland, nachdem es sich zu einem Frieden auf der Grundlage der Wilsonschen Vorstellungen bereit erklärt hat, darauf ein Kreis ist. Ein Widerstand in den Arbeiterschaften könnte aber auch im Interesse unsre Freunde liegen, denn ein Überkommen des Begriffs würde die Erräumung vereinfachen.

Die geistvollen Ausführungen des Vortragenden fanden bei den zahlreichen Besuchern, die der große Saal der Handelskammer fanden zu lassen vermochte, allseitig Beifall und Zustimmung.

Unabhängige, Spartakisten und die Berliner Ereignisse.

Die Situation in Berlin bedingt auf eine Entscheidung zwischen Unabhängigen und Spartakisten hin, nochmals unter Gewissheit, daß niemand und niemand erklärt haben, daß sie sich das Ziel des Sozialstaats nicht länger mit wünschen wollen. In einem andern Artikel hält die Mote Wilson den blödsinnigen Vorwurf aufrecht, daß Spartakisten hinter dem gegen den Volkgau gerichteten Aufmarsch vom Freitag gekämpft hätten; das Blatt verzerrt ähnlich den Ausdruck der Unabhängigen aus der Regierung.

Die unabkömmlinge Freiheit weilt über die Rundgebung der Unabhängigen zu berichten, daß sich im Humboldttheater, im Friedrichshain, am Bilderdienstmal, vor dem Reichstag und schließlich im Tempio Park 30 000 bis 40 000 Personen eingefunden haben. Die letzte Rundgebung war dem Blatte zufolge eine gemeinsame des Spartakusbundes und der Unabhängigen. Die Freiheit steht aber anscheinlich nicht auf dem Standpunkt, daß die Vertreter der Unabhängigen aus der Regelung auszudenken. In der am Sonnabend abend heitgehaltenen Ratsprache seien alle schwierigen Fragen gefasst worden. Man darf erwarten, daß durch diese Aussprache eine gemeinsame Grundlage gefunden werde, auf der ein ehrliches Zusammensetzen der revolutionären Behörden, der Regierung und des Volkgau's erfolgen werden.

Diese Darstellung führt sich auf folgende Berliner Meldung:

In der gemeinsamen Sitzung des Volkgaustrats der Arbeiter- und Soldatenräte und des Rates der Volksbeauftragten wurde folgende Vereinbarung getroffen:

Der Rat der Volksbeauftragten hält unabdingt an der durch die Revolution gegebenen Verfaßung fest, die ohne Zustimmung des Volkgaustrats der Arbeiter- und Soldatenräte nicht abgeändert werden kann. Aus der Stellung des Volkgaustrats ergibt sich das Recht der Kontrolle. Dem Rat der Volksbeauftragten liegt die des übertragene durch vertretenswerte Anzahl im einen arbeitsfähig ausgestellt werden kann. Wir haben der Zürcher Aussicht, daß unser Volk in Anerkennung der schwierigen inneren und äußeren Lage und dabei tapferst unterstehen wird.

Rück einer weiteren Berliner Meldung ist die von verschiedenen Gruppen der Unabhängigen Sozialdemokratie im Reich gewünschte Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Richtungen auf der diesjährigen Tagung in Berlin abgehaltene Konferenz der Unabhängigen abgelebt worden. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat beschlossen, überall den Kampf gegen die alte Sozialdemokratie zu führen.

Der Vormarsch veröffentlicht eine Erklärung des Soldatenrats der 5. Kompanie des Ammunitionsbataillons 102, in der es heißt: Wie erklären, daß wir, die die Rieknacht als Kameraden in unserer Mitte hatten, ihn wegen seiner konsequenter Kriegsgegnerschaft verehrt und den Beinamen Liebhaberkompanie als Ehrennamen hochgehalten haben, seine jegliche verbrecherische Tätsigkeit aufs Schärfste bekämpfen. Wie Rieknacht wird seine Berliner Kameraden, von denen er weiß, daß sie auch im Schüppergarten ihren Mann haben, unter keinen gesetzlichen Begrenzen finden. Zu hoch steht uns das erreichte Ziel, als daß gerettete Kameraden und persönliches Nachgefühl eines einzigen das kostbare Gut der Freiheit geschädigen dürfen.

Zu den Verhandlungen im Hotel Bristol erläutert eine Berliner Korrespondenz: So sei rücksichtigt geworden, daß einige Studenten, die auf eigene Faust eine Welt gewählt hatten, aus für Ruhe und Ordnung zu sorgen, monarchische Bezeichnung begierig, sich am Sonnabend nicht im Hotel Bristol versammelt hatten. Bei der Hausschaltung fand man im Hotel außer den Studenten auch andere

Männer, Offiziere, Philosophen und Aerzte. Von den verhafteten Personen wurden sieben gleich nach Auflösung wieder entlassen. Die Studenten hatten sich im Kleiderkabinett verstellt, da sie einen Beifall der Roten Garde befürchteten.

In der Sonntagsausgabe des Berliner Soldatenrats war berichtet worden über gegenrevolutionäre Truppenansammlungen bei Potsdam. Wie dem B. L. mitgeteilt wird, handelt es sich dabei nicht um gegenrevolutionäre Truppen, sondern lediglich um Staffeln der Front anständender Truppen, die sich Berlin bereits nähern und zum Teil schon in oder vor Potsdam eingetroffen sind. Von gegenrevolutionären Truppen, die mit Verstärkungsabsichten auf Berlin marschieren, können nicht die Reden sein. Die Truppen halten mit Unterstützung der Regierung vor den Toren Berlins Halt zu machen. Sie Kunden durchweg hinter der Regierung überzeugt und wollten freilich Eingang in Berlin halten.

Die Besetzung Westdeutschlands Die Absichten der Entente.

Die Besetzung Westdeutschlands scheint fest. Am Montag zogen französische Truppen in Mainz ein. Die Stadt Frankenthal in der Pfalz ist von 1500 Mann französischer Truppen besetzt. In der Pfalz hat die englische Militärpolizei sehr strenge Verbesserungen erlassen. Die englischen Offiziere müssen geprüft werden. Der Besitz vom frühen Abend bis 7 Uhr morgens ist abgesegnet.

In Frankreich steht noch immer stark mit der Abschaffung zugezogen, daß keine rheinische französisch zu machen. Der General Angin hat einen Armeebefehl erlassen, in dem er die Soldaten anfordert, sich ihrer Aufgabe würdig zu erweisen und dafür Sorge zu tragen, daß die Rheinländer selbst die Einverleibung in Frankreich wünschen. Poincaré ist in Straßburg und Metz seitlich eingezogen. In Metz hat er erklärt, daß Elsaß-Lorraine wiederholt angestrebte Frankreich sei bereits erfolgt durch den französischen Truppen bereitgestellt.

Die deutsche Regierung hat durch eine Note gegen die Anordnungen des Marsches noch protestiert, daß vor dem linken Rheinufer keinerlei Lebensmittel nach der neuartigen Note geholt werden dürfen.

In einer Ratsversammlung in London erklärte Lord George, die Friedensbedingungen durch keine Rache seien, sonder würden sie nicht getreten. Er verlangt dann Bestrafung der für den Krieg Verantwortlichen, erklärte aber auch, daß die deutsche Volk müsse zur Verantwortung gezogen werden. Die Konstitutionalregierung sollen die Absicht haben, auf der Friedenskonferenz die Aufhebung der Militärdienstpflicht in ganz Europa vorzuschlagen.

Wilson für seine 14 Punkte.

Einige Stunden nach der Abreise Wilsons von Neuwalde wurde vom Amerikaner George Washington aus folgende Meldung des Präsidenten beigefügt: Ich habe nach Europa, um die Ideale der Amerikaner zu verteidigen und für seine 14 Punkte zu kämpfen. Auf der Friedenskonferenz wird der Präsident auf die Freiheit der Meere und der allgemeinen Neutralität bestehen. Auf das dreijährige Neutralitätsprogramm der Vereinigten Staaten geht er, bestreitet er anzunehmen, daß kein Volk die Vorherrschaft auf den Meeren innehalten dürfe, und daß, wenn andre Völker ihr Flottenprogramm nicht eindringen, die Vereinigten Staaten das ihrer erhöhen müßten. Der Präsident geht von der Ansicht aus, daß die Mächte von der ganzen Welt bemächtigt werden müßten.

Diese Botschaft, die selbstverständlich nicht ohne Zustimmung des Präsidenten Wilson abgesetzt werden konnte, erregt in den Vereinigten Staaten somit wie in England ungewöhnliches Aufsehen. Roosevelt sieht sich dadurch zu noch heftigerer Propaganda gegen die Freiheit der Seele und die 14 Punkte des Präsidenten Wilson veranlaßt. Er beweist, daß die 14 Punkte in Wirklichkeit mehr von dem Entente noch von dem amerikanischen Volk zugemessen würden und daß England einen Anspruch darauf habe, die größte Flotte der Welt zu besitzen. Amerika müsse sich mit der gewissen Flotte begnügen, ebenso wie es nicht ausreichen könne, eine ebenso große Flotte zu unterhalten wie Frankreich.

Unmittelbar nach Wilsons Ankunft in Paris soll, wie man im Berliner Soldatenrat hofft, die Aussicht der Errichtung einer aus Gewerkschaften bestehenden Militärkommission in Berlin und Umgebung zur Lösung gelangen. Der Semper-Pavillon hält diese Entsendung für sicher und glaubt, daß die Befreiung bis zur Unterschreibung des Weltfriedens dauern wird. Am 15. Januar soll die Konferenz über den Brüderlichkeitsschluss mit Zustimmung deutscher Regierungsmitglieder beginnen.

Die Sozialisierungskommission.

Um lieber die Notwendigkeit einer weitgehenden Sozialisierung der dazu zentralen Industrien herzustellen, wußt' bis weit noch nichts kein Zweifel. Auch eine Regierung Erzberger-Hoche wäre um diese Notwendigkeit nicht herumgekommen. Nur wenige extreme Vertreter des Manchester-Liberalismus um jeden Preis stellen sich links gegen das wirtschaftliche und finanzielle Gebot der Stunde.

Um so mehr bedauern wir es, daß uns die Sozialisierungskommission in ihrer deutlichen Zusammenfassung keine absolute Sicherheit für eine glückliche Lösung dieses schwierigen und unendlich verzweigten Problems zu bieten scheint. Sie zählt durchweg hervorragende Volkswirtschaftler zu ihren Mitgliedern. Aber diese Männer treten aus der stillen Studientheorie heraus, haben sich bisher mehr mit der wissenschaftlichen Beschreibung der wirtschaftlichen Zustände beschäftigt, als daß sie sich praktisch bei der Erzielung eines wirtschaftlichen Effektes betätigt hätten. Wie zweifeln sogar, ob die sämtlich theoretisch und praktisch über die elementaren Grundlagen der doppelten Buchhaltung und der modernen Betriebsführung unterrichtet sind, ohne welches Wissen sie die wichtigsten Fragen nicht lösen können. Ohne diese Kenntnisse können sie weder entscheiden, welche Abstimmungsummen sie auf Grund der vorliegenden Bilanzen anzunehmen haben, noch welche Organisation der zukünftigen staatlichen oder gemeinnützigen Betriebe am einfachsten ist.

Wenn die Sozialisierungsbemühungen nicht von vornherein kompromittiert werden und Erfolg erzielen sollen, so ist es notwendig, daß sich die staatliche Bewirtschaftung alszentral erweist. Ferner: Nur unter dieser Voraussetzung wird eine gefundene Sozialpolitik in den Betrieben möglich sein, eine Sozialpolitik, die mit dem steigenden Ertrag der Werke die Gewinnbeteiligungskette der Arbeiter und Angestellten erhöht, und für gemeinnützige Anlagen zum Nutzen der Angelstlin und Arbeit Raum lädt.

Aus diesen Gründen ist es notwendig, daß die Kommission schlußfolgert und vervollständigt wird. Es wäre zu fragen, ob ihr nicht einzelne Unternehmer von weitem Blick und auch praktischer Ausfällung beigezogen waren. Bekanntlich ist auf die Teilnahme des Präsidenten der A.-E.-G., Walter Rathenau, verzichtet worden, der schon durch lange Zeit für eine Reform unseres Wirtschaftslebens eingetreten ist. Wir lassen es dahingestellt, ob dieser Verzicht erfolgt ist, weil Walter Rathenau ein Unternehmer oder weil er ein führender Projektmacher ist, deren man in der Kommission noch gerade genug hat. Aber dieser Fall ist auch durchaus befürchtet. Es gibt auch andre kluge, besonnene und energische Unternehmer. Aber selbst wenn man auf diese verzichten wollte, so hätte es und doch ratam, auch jene Gelehrten und Professoren heranzuziehen, die an den Handels-Schulen über Buchhaltung und wissenschaftliche Betriebsführung lesen, oder jene Männer, die während des Krieges im Dienste der Preisprüfungsbüros gestanden und sich bereits einen tiefen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Unternehmen erworben haben.

Man kann mit dem Einwande antworten, daß dieser Preisprüfungsstellen, besonders soweit sie zur Kontrolle der industriellen Lieferungen bestellt worden sind, keinen großen Einfluß ausgeübt haben. Wir lassen es dahingestellt, ob sie nicht dem einzelnen wertvollen und schwierigen Arbeit geleistet haben. Aber es ist doch die Beurteilung notwendig, daß die verderbliche und korrumierende Preisfeststellung während des Krieges weniger auf das Verhältnis der in einem sozialen Verlaufe errichteten Preisprüfungsstellen zurückzuführen ist als auf die Unserkenntnis der ständigen Intendanturbeamten, die an Kriegsbeginn mahllos und ohne näheres zwischen die tollsten Preise bewilligt haben. Doch ferner die Kreise der typische Ausdruck der in Deutschland leider solange vorherrschenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtstellung zugunsten der Unternehmer gewesen sind.

Die Betonung der Notwendigkeit dieser Fragen sorgfam von Stadtmännern prüfen zu lassen, ist deshalb außerordentlich wichtig, weil es für uns nach dem Kriege mit einer Möglichkeit der wirtschaftlichen Schöpfung und allmählichen Abbildung der Kriselasten gibt: Die Nationalisierung des Produktionsprozesses und die Ausbildung aller technischen und chemischen Errungenschaften, die während des Krieges erzielt wurden und die jetzt in der Übergangszeit und im Frieden hoffentlich vervollkommen weiter ausgebaut und ergänzt werden.

Der Sozialismus kann nicht bestehen, wenn die Gesellschaft nicht rein ist. Es ist unmöglich, die Arbeitszeit zu verkürzen, und zugleich durch reichlichere Verpflegung mit lebenswichtigen oder kulturellen sozialen Gütern das Leben zu erleichtern und zu verschönern, wenn nicht mehr Güter bei herabgesetzter Arbeitszeit produziert werden. Den Sozialismus verlangen und sich zu ihm bekennen, heißt mehr Arbeit in längerer Zeit leisten. Der Sozialismus verbietet kein Schlaraffenland, ist nicht die Zurückführung der Menschheit auf den paradiesischen Ursprung, wo die gebrätenen Läden ins Maul fließen. Der Volkswirtschaftsleiter Barth hat erklärt, daß die Revolution kein Anloch zu Lohnbewegungen sei. Er hat damit den Nagel auf den Kopf getroffen. Höhere Löhne oder Erhöhung der Produktivität haben nicht das Ergebnis, daß mehr Güter gekauft werden können, sondern nur, daß nach den vorhandenen Gütern eine stärkere Nachfrage einsetzt, die die Preise treibt und den Effekt der Lohnbewegungen noch kurzer Zeit wieder aufhebt.

Die Verhandlungen der Sozialisierungskommission.

Berlin, 9. Dezember. Die Kommission zur Vorbereitung der Sozialisierung von Wirtschaftsbetrieben, die zu Vorfällen der Herren Rauch und Professor Franke gewählt hat, leistet heute ihre Verhandlungen fort. Sie beschäftigt sich unmittelbar mit der Festlegung ihres Arbeitsplanes. Es wurden in dieser Hinsicht Anfragen über die Aufstellung der durch die Kriegswirtschaft eingerichteten Zwangslandmilitärs, über Ausübung der Kriegsgesellschaften und über damit zusammenhängende Tatsachen des Wirtschaftsministeriums gestellt. Über Ausübung der Kriegsgesellschaften und über damit zusammenhängende Tatsachen des Wirtschaftsministeriums geschäftlich der Frage der Kriegsgesellschaften und der Zwangslandmilitärs konnte der Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums mitspielen, daß die Regierung nicht daran denkt, diese Zwangsgesellschaften, soweit sie sich nicht durch den Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen von selbst aufzulösen, vorzeitig und ohne Gnade aufzulösen.

Ein internationaler sozialistischer Kongreß.

Wie das Allg. Handelsblatt aus Brügge meldet, erklärt Haymann, daß die Vorbereitung des internationalen sozialistischen Kongresses, in der sich auch der Minister Vandervelde befindet, beschlossen habe. Ende Januar oder Anfang Februar, zu einem Zeitpunkte, wo die Verhandlungen des Friedenkongresses zwar beenden haben, aber noch nicht beendet sind, einen sozialistischen Kongreß nach Genf oder Boulogne einzuberufen. Da die hauptlichen Parteien im Auslande auf Anfragen eingehen, so ist zur Teilnahme an diesem Kongreß bereit. Sobald hierüber Sicherheit besteht, sollen Ende Dezember die näheren Einzelheiten erwogen werden. Es handelt sich eigentlich um zwei verschiedene Kongresse, die gleichzeitig stattfinden sollen: nämlich einen der Gewerkschaften und einen der politischen Parteien. Sicherlich, weil in gewissen Ländern gegen einen politischen Kongreß Opposition erheben könnte. Die Vorbereitung ist dem Herrn Van Ros übertragen worden.

Deutsches Reich.

Der Kongreß der A.- und S.-Räte in Berlin.

Berlin, 9. Dezember. (Kurzlich.) Bekanntmachung. Am 16. Dezember und folgende Tage findet in Berlin der Kongreß aller deutschen Arbeiter- und Soldatenräte statt. Die Teilnehmer werden gebeten, unter Berücksichtigung der Versetzungsschwierigkeiten die Reise zeitig zu beginnen. Bereits am Sonntag den 15. Dezember findet ein anglofranzösisches Treffen statt. Die Delegierten wollen sich daher auf ihrer Ankunft im Kongreßbüro des Abgeordnetenhauses, Prinz-Albrecht-Straße, Saal 7, unter Vorlegung ihrer Ausweise melden. Sie erhalten dort alle weiteren Mitteilungen.

Der Ausdruck des Volksgerichts Großberlin. J. L. Maynz.

Die Stellung der französischen Kriegsgefangenen.

Die Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen und die Notwendigkeit, die Kriegsgefangenen freizulassen aus ihren Arbeitsstellen herauszunehmen, um den zurückkehrenden deutschen Soldaten möglichst bald Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen, haben dazu geführt, daß eine große Anzahl Kriegsgefangener auf den Arbeitsstellen unbeschäftigt bleiben muß, deren Nebenfahrung in Lager wegen Platzmangel zur Zeit nicht möglich ist. Da man vermeiden wollte, eine völlige Abschaffung der Kriegsgefangenen anzubringen, so mußten die Freizeitbeschäftigungen der Kriegsgefangenen, soweit sie sich auf Arbeitsstellen befinden, ausgedehnt werden, um so mehr, als es an der erforderlichen Anzahl Wachmannschaften mangelt. Die Anwesenheit der Kriegsgefangenen auf den Straßen ist daher unvermeidlich. Dagegen ist auch nichts einzutwenden, solange sie sich den Anordnungen des öffentlichen Verkehrs unterwerfen und bei öffentlichen Veranstaltungen und Feste vermeiden. In diesem Sinne sind Anordnungen an die nachgeordneten Dienststellen ergangen.

Der Beauftragte des Volksgerichts des A.- und S.-Rates, zugleich dem Kriegsministerium: Schlesinger.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein Putschversuch des Chemnitzer Ulanen.

Die in der bürgerlichen Presse wiedergegebene Darstellung über die Vorklamme beim Einzug der Chemnitzer Ulanen (nicht der Husaren) ist völlig unzutreffend. Nach der Chemnitzer Volksstimme hat sich der Vorfall ganz anders zugetragen und ist auch ernster Natur gewesen, als es leichter geschildert worden ist. Wir entnehmen unserem Chemnitzer Bruderblatt darüber folgendes:

Am Sonnabend kam eine Wachnung vom Ulanenregiment in die Husarenkasernen, in der noch ein deutscher Teil des Fußartillerieregiments Nr. 12 lag, erging sich in wilhem Schimpfen und Drohungen, verlangte, daß die Husaren unverzüglich geräumt werden, wenn das nicht geschah, so würden sie die Artilleristen mit Waffengewalt vertreiben. Die Husaren ist ihnen dann auch bis Sonntag morgen mit großer Rühe in aller Hekt freigemacht worden.

Am Sonntag morgen trafen dann im Auto auf der Straße Oberdorf-Lichtenwalde fünf Angehörige des Arbeiter- und Soldatenrats, die Genossen Lohse, Frisch und Heide von der Sozialdemokratischen Partei und die Genossen Hettner und Welzer von der Unabhängigen Partei beim Ulanenregiment ein. Genoss Lohse trat als Oberst auf, legitimierte sich durch Vorzeigen seines Aufwands und erklärte dem Major, daß die fünf Personen dem festlichen Empfang vorzunehmen und daß sie dabei verschiedene Formalitäten erledigen würden. Major Genß erklärte darauf unter Zustimmung seiner Offiziere, daß gehe ihm por nichts an und gab den Befehl zum Marsch und zur Auffahrt des fünf Geschwistern als Freiheit. Der Vierling Lohse, dem Major noch weitere Aufführung zu geben, wurde dadurch abgeschafft, daß der Major sich wegwandte und daß sofort Offiziere und Mannschaften und Haushälften, Stadtbüro und Zuhörern herstellen, dabei wurden die gemeinsamen Beschimpfungen, zum größten Teil von Mannschaften ausgetrieben. Bei den Beschimpfungen und Handlungen beteiligten sich auch Zivilisten kräftig. Weiberholte wurden die Verhafteten nebeneinander aufgestellt und mit Geschichten auf der Stelle bestritten.

Wege des höchsterblichen Verhältnisses der Aufführung des Regiments waren an der Straße Oberdorf-Lichtenwalde bei Röhringen gewählt und Patrouillen mitgezogen werden. Den Truppen wurde, sobald der Streit losging, der Befehl erzielt, unter keinen Umständen zu schießen, dabei wurde auf dienstlich schwachsinnigen Mannschaften des Arbeiter- und Soldatenrats geschossen. Dann wurden die Gefangenen im Triumph zur Stadt geführt.

Nachmittags kam auf besondere Einladung Major Genß in das Rathaus und brachte die fünf Verhafteten mit, die damit in Freiheit waren, und legte sich im Verlauf der Verhandlungen die Waffen ab. Es gab eine lange heftige Auseinandersetzung, während der der Major den schriftlichen Befehl bei ihm vorgelegten Garnisonältesten Genossen Frisch erhielt, daß das Regiment in der Reserve sofort die Waffen niedergelassen und diese einem dazu bestimmten Kommando des Geschwaders 181 bis 836 übergeben habe. Der Befehl wurde telefonisch und schriftlich übergeben. Der Befehl wurde telefonisch und schriftlich übergeben. Das Regiment geleitet, der Major und die anwesenden Vertreter des Soldatenrats des Regiments gaben eine schriftliche Erklärung ab, daß sie den Befehlen des Garnisonältesten unverzüglich gehorchen würden. Die Waffen wurden dann auch entgegengestellt und in der Nacht als Schulden vom Arbeiter- und Soldatenrat vertheilt, unter ihnen auch Major Genß. Sie sehen ihrer Haftzeitung durch das zuständige Kriegsgericht entgegen.

Somit die Chemnitzer Volksstimme. Ihr Bericht zeigt erneut, daß konterrevolutionäre Absichten dann sofort durch Offizielle bestätigt werden, wenn sie glauben, der Befolgschaft ihrer Mannschaften wider zu sein.

Eine ungesehliche Anordnung des Leipziger A.- und S.-Rats.

Der A.- und S.-Rat in Leipzig hat eine die Zugewährung von Lebensmitteln betreffende Verfügung erlassen, die sich auch auf die Veräußerung dieser Produkte erstreckt. Das Arbeits- und Wirtschaftsministerium erlässt dieses Vorgehen für ungünstig und ungültig und weist die Befolgschaften darauf hin, daß niemand verpflichtet ist, den Anordnungen nachzukommen, weil die Leipziger Anordnung mit dem Beschluß des Provisorischen Landesrates im Widerstreit steht, wonach sich die A.- und S.-Räte Eingriffen in die Verwaltungstätigkeit zu enthalten haben.

Der Landesausschuß für die Staatschuldenverwaltung.

ist einer Verfügung der Volksbeauftragten zufolge aufgelöst worden; die erforderliche Auflösung von Staatschuldenvereinbarungen wird das Finanzministerium vornehmen.

Die sächsischen Vertreter im Reichsarbeiterrat.

Nach der Zusammensetzung des Volksgerichts des Arbeiter- und Soldatenrats Berlin entfallen für die am 16. Dezember in Berlin zusammenentrenden Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte auf Sachsen 28 Vertreter. Auf Verlangen des Berliner Volksgerichts bei dem Gesamtministerium die Verteilung der Vertreter auf die einzelnen Kreishauptmannschaften wie folgt vorgenommen: Bautzen zwei; Chemnitz drei; Dresden acht; Leipzig acht; Witten vier. Die Arbeiter- und Soldatenräte der Kreishauptmannschaften haben die Wahlen unverzüglich nach diesem Verteilungsplan vorgenommen.

Gegen die Resistenz der Leipziger.

Vom Ministerium für Militärsachen wird der Befehl folgende Mitteilung übermittelt: Der Arbeiter- und Soldatenrat in Leipzig hat noch einer Verbesserung in der Tagesschreiber Einspruch gegen zwei Verordnungen des Ministeriums für Militärsachen erhoben und erklärt, sie nicht befolgen zu wollen. Demgegenüber sei festgestellt: Die Verordnung über den Bahnhof ist vorher dem Dresdener Generalstab übermittelt und von ihm an das Generalkommando in Dresden zur Beachtung weitergegeben worden; letzteres erklärte Einverständnis. Einwendungen wurden nicht erhoben. Dann erst wurde die Maßnahme angeordnet.

Die Verfügung über wirtschaftliche Demobilisierung ist eine Verordnung des Fleisches und war als solche wegzugeben. Dennoch soll in besondern Fällen und nur in beschränktem Maße für kurze Zeit an gewissen Freizeitauftaktarbeiten gearbeitet werden, um allzu große Arbeitslosigkeit zu verhindern. Auch soll dabei jeder Gewinn für die Unternehmen ausgeschlossen sein. Um jedes Widerstand anzuschließen, wird umgehend ein Richttag zu dieser Verordnung erscheinen, der die in Betracht zu ziehenden Ausnahmefälle regelt.

Das Ministerium für Militärsachen steht auf dem Standpunkt, daß alle derartigen Arbeiten jetzt am zweckmäßigsten zu unterbleiben hätten. In diesem Sinne hat es auch die mögliche Angelegenheit der Anordnung des Reiches gegenüber erörtert. Zu ganz unmöglichem Zustand aber würde es führen, wenn ein einzelner Arbeiter- und Soldatenrat das Recht in Anspruch nehmen wollte. Anordnungen der Justizabteilung stehen ohne weiteres nicht zu befolgen. Ein solches Verhalten verstößt auch gegen die Auffassung des Gesamtministeriums.

Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionunterricht.

Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts erlässt folgende Bekanntmachung: 1. Kinder von Dissidenten sind nicht mehr verpflichtet, an dem Religionunterricht einer unerkannten oder bestätigten Religionsgesellschaft teilzunehmen; sie sind auf schriftlichen, an die Schuleitung gerichteten Antrag der Erziehungsberechtigten vom Religionsunterricht in den Schulen zu befreien. 2. Die Schuleiter haben den Bezirkschulinspektoren am Dienstagabend die Namen der befreiten Kinder zur Listenbereitstellung anzugeben. 3. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Gewerkschaftsbewegung.

Zobelmotoren der Dresden Konditionenblätter. Auch die bisher den gewerkschaftlichen Betriebungen gewidmeten Konditionenblätter haben nunmehr den Weg freigemacht in die gewerkschaftliche Organisation gefunden. An einer zufälligen Besuchten öffentlichen Versammlung am 5. Dezember beschäftigten sie sich mit ihren Rechten und Arbeitsverhältnissen. Nach einem Bericht des Gewerkschaftsleiters M. Friedland wurden mit erfreulicher Offenheit die unzureichende Bezahlung und sonstige im Gewerbe noch vorherrschende Missstände im Rolt- und Zugsseisen erörtert und einstimmig beschlossen, in einer Lohnbewegung einzutreten. Ein Konditionenleiter, Herr Heide, suchte die Anlagen der Gewerkschaften zu entkräften, und aber bei der Gewerkschaft keinen Ansatz, allein wurde zum Ausdruck gebracht, daß auch die Konditionenblätter der Gewerkschaften und Lohn der Belegschaften nur verbessert können, daß der gewerkschaftlichen Organisation und gekauften Erfahrung geboten werden, um die Gewerkschaften am Gewerkschaftsleiter zu überzeugen. Gestolzen wurde, eine neuangestellte Kommission zu richten, die in Gemeinschaft mit der Bevölkerung den Organisationsarbeiten und die auf dem sozialen Begriffe des Arbeitnehmers unterbrechenden Forderungen erörtern soll. Die Forderungen erörtern sich auf eine angemessene Erhöhung der Löhne, Gabeung von Sozialabgaben und Befreiung von der Steuerlast.

Es hat aufgestanden.

Der Kreisverein Dresden des Verbands Deutscher Gewerkschaften in Leipzig hat jetzt an die gesamten Dresden Konditionenblätter ein Blatt geschickt mit der Bitte, den Anteil an den Teuerungs- bzw. Gehaltszulagen zu gewähren. — Und wie können, als sei der Leipziger Verband etwas sehr spät aufgestanden, die Waffen die Gewerkschaften solange hätten warten lassen und neue nicht der Bureau angestellten Verband, die gewerkschaftliche Vertretung dieser Angehörigengruppe, auch die Interessen der Gewerkschaften mit allem Nachdruck wahrgenommen hätte, Teuerung wohl längst verhängt sein.

Margarineverteilung.

Freitag den 13. und Sonnabend den 14. Dezember 1918 werden beliefert:

- a) die unangemeldete Sammelfestnahme der Stadt Dresden November 0* mit 62½ Gramm Margarine;
b) der angemeldete Wettbewerbschein mit 50 von Hundert mit Margarine.
Der Kleinhändlerpreis beträgt für 1½ Pfund 31 Pf., für 1 Pfund 24 Pf. R.
Dresden, am 9. Dezember 1918.

Der Mat zu Dresden.

Soz. Verein Dresden-U.

Freitag den 13. Dezember, abends 7½ Uhr

Gruppen-Gesammlungen

1. Gruppe: Restaurant Hans Zochs, Stieffelstr.
2. Gruppe: Restaurant Wölfl, Goethestraße 38
3. Gruppe: Adams Restaurant, Augustusstraße 16
4. Gruppe: Restaurant Wilsdruffer Vorstadt, Kreuzkirche 14
5. Gruppe: Dresdner Volkshaus, Altenbergsstraße
6. Gruppe: Hotel Scholze, Schlossstraße 62
7. Gruppe: Restaurant Emil Müller, Elisenstraße 57
8. Gruppe: Restaurant Berndt, Zwingerstraße 31.

Tagess-Eröffnung:

Bericht des Vorstands. Diskussion. Vorschläge für die Mandataten zur Stadtverordnetenwahl.

Der Vorstand.

Mitgliedsbuch ist vorzulegen. [S 448]

Wahlmitarbeiter!

Samstag den 14. Dezember, vormittags 10½ Uhr

Öffentliche Versammlung

im Kronprinz Rudolf, Schreiberbergasse 12.

Vortrag des Herrn Konziergekant W. Seidt:

Die Antrittungen und die Forderungen der Rechtsanwaltsangestellten.

Alle männlichen und weiblichen Angestellten sind dazu eingeladen.

Verband Deutscher Bürgemeister,

Kreisverein Dresden.

Laboranten der Chemie

(Analytiker) und auch nichtakadem. gebildete Chemiker werden für Donnerstag den 12. Dezember, abends 7 Uhr, eingeschlagen. [S 180]

Wichtige Besprechungen.

Neustädter Löwenbräu, Königstraße 12.

Die aktiven Sanitäts-Unteroffiziere (Kapitulanten) werden zu einer

versammlung eingeladen. [S 182]

Versammlung

am Donnerstag den 12. Dezember 1918, abends 7½ Uhr, im Restaurant Alberts, Dresden-R., eingeladen.

Die Einladung:

Schröder, Bauer, Scholze, Ottmann.

SARRASANI**Friede auf Erden**
oder
Des armen Kindes Weinenstrauß

Aus dem 1. Teil:

- Geschw. Hieflersch, Reitkunst
Ballett und Fox-Trott
Grunatho-Truppe, Akrobatik
Freiherrn-Dressuren [S 60]
Geschw. Meiss, kom. Reitszene

Geschäfts-Uebernahme.

Hier werden Freunden, Gütern, Verwandten und Bekannten hierdurch nur geäußert Klarstellung, daß wir das im Hause Schulgutstraße 28 befindliche

Restaurant

von Frau verm. Bünlein häufig erworben haben. Wir werden dies bemüht sein, das Beste zu thun.

Um gütigen Auftrag bitten

Gustav Haensch und Frau.

MUSENHALLEVom. Bildbau, Reitkunstsalon Sitz. 17, Straßen 7, 10, 22.
Tägl. Punkt 7 Uhr. Auftritt. Verlangen Wiederholung.**Im Topplappenviertel!**Operettenpost in 1½ St. Neue Ausstattung u. Reformierung.
Seden Pittinoch, Sommabach u. Sonning, mitten 3 Uhr:
Sommelhansel und die Winterfeier
Weihnachtsmärkte in 5 Stufen. Vorverkauf. [W 176]**Naturheilverein Dresden-Löbtau**

Freitag den 13. Dezember, Beginn 7 Uhr [B 1807]

Stiftungs-Feier!**Dresdener Philharmonisches Orchester**

Mittwoch den 11. Dezember, 7½ Uhr im Gewerbehause

11. Volks-Sinfonie-Konzert.Leitung: G. Gelhorn-Dubelowski
Soloistin: Elsa Reiche-Bartsch (Gesang)

Programm:

C. Goldmark: Im Frühling. Vorspiel. Glück; Gesang a. Orpheus, m. Orchester, a. So klag ich ihren Tod; b) Ach, ich habe sie verloren. Mendelssohn-Bartholdy: Sinfonie Nr. 3, A-Moll. [S 77]

Preise der Plätze: Sitzplatz 1.80, Stehplatz 1.15 M. einschl. Steuer und Garderobe.

Sonntag:

Zwei große volkstümliche Konzerte.

Geschäftsführer: Hierdurch teilen wir allen Freunden, Bekannten und Nachbarn mit, daß wir das Restaurant von Gustav Menzel, Seminarstr. 3, übernommen haben. Wir werden bestrebt sein, durch gute Speisen und Getränke und das Wohlwollen unserer vielen Kundenheit zu wahren. Um gütigen Auftrag bitten August Horn und Frau [S 1825] feiern Hauptmarkthalle.

Königshof-Theater.

Täglich Anfang 7½ Uhr.

O schöne Zeit, o sel'ge Zeit.

Volksoperette in 4 Akten von Dr. Bruno Deder.

Eisenbahnverbindung ab Hauptbahnhof 7.45 Uhr.

Rückfahrt ab Tiefenbach 10.17 Uhr. [B 1704]

Konservatör 18415.

Herrnsprediger 18415.

Konservatör

Herrnsprediger 18415.

